

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr am Dienstag, dem 8. April 2008, im Haus der Insel, Stadtsaal.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

### Anwesende Ausschussmitglieder:

RM Stefan Wehlage, Vorsitzender  
RM Jan Harms  
RM Sascha Nüchter (mit beratender Stimme)  
RM Bernhard Onnen  
RM Tanja Pohl, Vertreterin für RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann  
2. stv. BM Manfred Plavenieks  
RM Axel Stange  
BG Hans Joachim Vollmer

### Entschuldigt fehlt:

RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann

### Von der Verwaltung:

BM Ludwig Salverius  
AV Frank Ulrichs  
StAR Jürgen Vißer, zugleich für die Niederschrift

### Außerdem anwesend:

GF Wilhelm Loth, Staatsbad Norderney GmbH  
PHK Axel von der Osten, Polizeistation Norderney  
Dipl.-Ing. Heinz Kühn, TDN, zu TOP 3  
Herr Sund, Ingenieurbüro Niemann, zu TOP 3

## T a g e s o r d n u n g

### **1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Vorsitzender Wehlage eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt fest, dass ein Tagesordnungspunkt, der bei der Aufstellung der Tagesordnung mit der Verwaltung abgesprochen war, fehlt, und zwar die Angelegenheit „White Sands Festival“. In der letzten Sitzung war beschlossen worden, das Thema in der folgenden Sitzung wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. BG Vollmer unterstützt hierin den Vorsitzenden.

Zudem liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor. Hierzu erteilt er RM Stange das Wort. RM Stange verliest den (Eil)Antrag der SPD „Öffnung der Verkehrszonen 2 und 3 in ostwärtiger Richtung“ nebst Begründung.

Zunächst bittet Vorsitzender Wehlage in Bezug auf den Antrag der SPD um Wortbeiträge. Hierauf meldet sich BM Salverius und gibt zu bedenken, dass dieser Antrag nach der Geschäftsordnung des Rates nicht statthaft sei, weil der Ausschuss nicht in Originalbesetzung tagt, denn das Ausschussmitglied Aldegarmann ist nicht anwesend, er wird vertreten. Außerdem widerspricht er der Anschuldigung, die Verwaltung habe in die Irre geführt. Es ist

richtig, dass darüber nachgedacht wurde, ob dieses Thema in dieser Sitzung beraten werden soll. Man habe davon aber wieder Abstand genommen, weil es sich um einen Versuch handelt, der erst rund 14 Tage läuft und deshalb eine Auswertung bzw. Bewertung nach einer so kurzen Zeit sehr schwierig ist. 2. stv. BM Plavenieks unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion auf Beratung dieses Themas in der heutigen Sitzung. Weil es sich hier um einen Fachausschuss und nicht um ein Beschlussgremium handelt und um in der Sache weiterzukommen, weicht BM Salverius von seiner Position ab. Man sollte sich dann ruhig mit dem Thema heute befassen und die Tagesordnung dementsprechend erweitern, denn der Verwaltungsausschuss wird sich ohnehin grundsätzlich mit dieser Sache noch beschäftigen. Vorsitzender Wehlage schlägt vor, den Eilantrag der SPD als TOP 4a und die Weihnachtsverkehrssperre als TOP 4b zu behandeln.

Zum Thema „White Sands Festival“ teilt BM Salverius mit, dass der Ausschussvorsitzende von der Verwaltung darüber unterrichtet wurde, diese Angelegenheit nicht als eigenständigen Tagesordnungspunkt zu behandeln, sondern die Verwaltung wird unter dem TOP „Mitteilungen der Verwaltung“ darüber berichten.

Als keine weiteren Wortmeldungen mehr eingehen, lässt Vorsitzender Wehlage über die Tagesordnung und ihre Ergänzung um den Antrag der SPD-Fraktion beschließen. Die Tagesordnung wird daraufhin einstimmig angenommen.

## **2) Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Ausschusssitzung vom 23. August 2007**

2. stv. BM Plavenieks bemängelt, dass die Niederschrift schon im Internet veröffentlicht wurde, obwohl sie noch nicht genehmigt ist. Seines Wissens dürfe eine Niederschrift erst nach ihrer Genehmigung veröffentlicht werden. Außerdem gibt die Niederschrift nicht die tatsächliche Beschlusslage wieder. Denn gerade hinsichtlich der Verkehrszonenöffnung und dort insbesondere im Hinblick auf die Schließung der Jann-Berghaus-Straße war die Sache nicht abschließend beraten worden. Er werde deshalb der Niederschrift nicht zustimmen. Auf die Frage des Vorsitzenden Wehlage, welche Änderungsanträge er denn bezüglich der Niederschrift habe, führt 2. stv. BM Plavenieks aus, dass die Schließung der Jann-Berghaus-Straße seinerzeit so nicht beschlossen wurde. RM Harms bestätigt die Aussagen. Auch seines Wissens habe man damals nur die Öffnung der Zone 1 gegen die Zone 2 beschlossen, hinsichtlich der Schließung der Zone 2 gegen die Zone 3 bestand noch weiterer Beratungsbedarf. Diese Äußerungen führen zu einer angeregten Diskussion an deren Ende abgemacht wird, die Genehmigung der Niederschrift zu vertagen und den Mitschnitt über die letzte Sitzung abzuhören.

(Anmerkung: Das Abhören des Bandes ergab, dass die im Protokoll dargestellte Beschlusslage korrekt ist.)

## **3) Straßenausbau zwischen Hafen und Inselosten**

Einleitend berichtet BM Salverius, dass nach der Landesraumordnungsplanung Norderney dafür vorgesehen ist, die Kabeltrasse für die Offshore-Windenergieanlagen zu übernehmen. Aus den daraus folgenden Verhandlungen war schnell klar, dass dieses Vorhaben auch Spuren auf den betroffenen Straßenabschnitten hinterlassen wird. Die damaligen Annahmen haben sich, heute deutlich sichtbar, bestätigt. Mit dem Land und den ausführenden Firmen wurde damals die Vorgehensweise abgesprochen, was passieren soll, wenn die Straßenschäden tatsächlich auftreten. Hierüber gibt es eine Vereinbarung, und zwar über die Erneuerung der Straßen in Richtung Inselosten. Erneuerung heißt aber nicht, dass dort neue Straßen gebaut werden, sondern es geht darum, die vorhandenen Straßen hinsichtlich ihrer Bauklassen nach oben zu bringen. D. h., sie sollen höheren Gewichtsbelastungen standhalten können. Nach Abschluss des ersten Abschnitts, der Verlegung der Leerrohre, soll nun-

mehr im Winterhalbjahr 2009/2010 der Straßenausbau stattfinden. Damit dies möglich ist, muss die Planung in diesem Jahr abgeschlossen werden. Es muss jetzt damit begonnen werden, damit im Herbst die Mitteleinplanung beim Land Niedersachsen beantragt werden kann. Im Prinzip ist heute dafür der Startschuss. Heute erfolgt die politische Unterrichtung, am 29.04.2008 folgen weitere Termine mit den betroffenen Fachverbänden, insbesondere Naturschutz, und Fachbehörden sowie mit den Anliegern. Mit den sich daraus ergebenden Anregungen und Bedenken wird man dann an die Verfeinerung der Planung gehen. Weitere Beratungen über den Sommer werden folgen. Zum Abschluss seiner Ausführungen stellt BM Salverius Herrn Sund vor und bittet ihn um dessen Fachvortrag.

Die Maßnahme läuft unter dem Namen „Ertüchtigung der Zufahrtstraße vom Fähranleger bis zur Offshore-Kabeltrasse“, erklärt Herr Sund. Weiter erklärt er den Begriff „Ertüchtigung“. Hierbei handelt es sich nicht um eine Reparatur der Straße, dies wird zwar automatisch mit passieren. Vielmehr wird der Straßenaufbau verstärkt, um den Straßen bei den künftigen Belastungen eine längere Haltbarkeit zu geben. Es kommt zu einer Anhebung der Straßenbauklassen, die Herr Sund kurz erläutert. Die Straßen, die heute zu den Klassen 4 bzw. 5 gehören, werden um eine Klasse hoch gestuft.

Herr Sund erläutert anhand von Fotos und Planzeichnungen die in 4 Abschnitte eingeteilte Maßnahme.

Der erste Abschnitt ist die Deichstraße vom Fähranleger bis zur Richthofenstraße. Hier muss die Fahrbahnstärke von 14 auf 18 cm erhöht werden. Die obere Deckschicht, Verschleißschicht, wird dazu zunächst abgefräst.

Der zweite Abschnitt erstreckt sich von der Richthofenstraße bis zur Abzweigung „Oase“ / „Weiße Düne“. Die bestehende Betonbahn muss komplett entfernt werden. Sie wird zerkleinert und als Unterbau wieder verwendet. Auch hier wird die Asphaltstärke später 18 cm betragen.

Herr Sund verneint die Zwischenfrage des Vorsitzenden Wehlage, ob die Straßenklassifizierung auch etwas mit der Straßenbreite zu tun habe. Die Straßenbreite habe rein etwas mit dem Straßenverkehrsrecht zu tun, nämlich damit ob zum Beispiel Begegnungsverkehr stattfindet. Dann bräuchte man eine Breite von 6 m, die übrigens heute schon überwiegend vorhanden ist, bis auf den Ausbauabschnitt 4 (ab dem Grohdepolder-Deich).

Im dritten Abschnitt, von der Abzweigung „Oase“ / „Weiße Düne“ bis zum „Grohdepolder-Deich“, ist die bestehende Asphaltstraße in den Seitenbereichen stark ausgefahren und vom Unterbau her schlecht. Hier sollen die abgefahrenen Seitenbereiche von Grund auf neu aufgebaut werden. Insgesamt wird die Deckschicht abgefräst und wieder neu aufgetragen und verstärkt. Der vierte Abschnitt geht dann bis zur Abzweigung „Oase“. Auf diesem Abschnitt kommt es dann zu Fahrbahnverbreiterungen auf 6 m, denn derzeit sind dort Breiten zwischen 5,1 und 5,6 m vorhanden. Die vorhandene Pflasterung wird komplett aufgenommen, zerkleinert und wieder als Unterschicht eingebaut.

Sodann geht Herr Sund auf die Situation am Leuchtturm ein. Hier wird ein Querschnitt von 9,25 m gebraucht, und zwar 6 m Fahrbahn, 0,5 m Abstand zur Mauer und einen 2,5 m breiten Rad-/Fußweg. Diese Trassenbreite ist vorhanden, stellt sich heute nur anderes dar. Sie ist breiter als tatsächlich heute genutzt wird. Das Katasteramt wird sich in naher Zukunft mit der Neueinmessung beschäftigen. Deshalb kann die schon andiskutierte Variante, den Rad-/Wanderweg nördlich des Leuchtturm-Restaurants zu führen, verworfen werden, wirft BM Salverius ein.

Die Maßnahme soll von Herbst 2009 bis Frühjahr 2010 zur Ausführung gelangen. In Abschnitt 1 und teilweise auch in Abschnitt 2 (bis zur Meierei) wird man mit Umleitungen arbeiten können. Im restlichen Abschnitt 2 (ab der Meierei bis zur Abzweigung „Oase“ / „Weiße Düne“) wird der südlich liegende Rad-/Fußweg mitgenutzt werden müssen. Dieser müsste im Anschluss daran wieder hergestellt werden. In den Abschnitten 3 und 4 wird man mit halbseitigen Sperrungen und Ampelanlagen arbeiten müssen.

Für die Knotenpunkte „Abzweigung ‚Oase‘ / ‚Weiße Düne‘“ und „Deichstraße/Richthofenstraße/Birkenweg“ stellt Herr Sund anhand von Skizzen mögliche Ausbauvarianten vor. Vorsitzender Wehlage wirft ein, man habe sich gerade für den Bereich am Bir-

kenweg für eine „Entschleunigung“ ausgesprochen, insbesondere wurde auch über einen dortigen Kreisverkehr nachgedacht. Die vorgestellten Varianten würden dem nicht Rechnung tragen. BM Salverius sieht das nicht so. Seines Erachtens ist die Variante „Kreisverkehr“ nur das Denkmodell einer Fraktion und nicht Mehrheitsmeinung. Es müssen bei der Planung Verkehrsströme, die Übersichtlichkeit von Kreuzungen und die Belange des ÖPNV beachtet werden. Für einen Kreisverkehr müssten wohl auch umliegende Flächen in Anspruch genommen werden. Herr Sund ergänzt dazu, dass im Kreisverkehr die Fahrbahnen im rechten Winkel aufeinander zu kommen sollen und er ist nur sinnvoll, wenn alle Straße die gleiche Verkehrsdichte haben. 2. stv. BM Plavenieks bittet, gerade für diesen Bereich aufgrund des starken Fahrrad- und Fußgängerverkehrs, so genannte Querungshilfen (Mittelinsel mit Durchlass) zu berücksichtigen. RM Harms gibt zu Bedenken, dass bei den Planungen die Interessen der Norderneyer Boßler nicht ganz vergessen werden sollten, damit diese auf dieser Strecke auch weiterhin ihren Sport ausüben können. BM Salverius stellt klar, dass es zuvorderst darum geht, die verkehrlichen Dinge auf die Reihe zu bringen. Er stellt nochmals fest, dass man heute am Anfang einer Planung sei und verweist auf den Termin am 29.04.2008. Dabei wird interessant sein, wie sich zum Beispiel die Polizei und das Straßenverkehrsamt zu den Planungen äußern. Darüber wird dem Ausschuss wieder berichtet. Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wird die Befürchtung geäußert, dass der Neubau der Straße zu einer Erhöhung der gefahrenen Geschwindigkeit führen wird und deshalb geschwindigkeitssenkende Maßnahmen berücksichtigt werden sollten. BG Vollmer sieht noch andere Notwendigkeiten, die bei der Planung Beachtung finden sollten. Er beantragt die Bildung einer Arbeitsgruppe, die dann eng mit den Planern zusammenarbeiten sollte. Die Politik sollte nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern aktiv teilnehmen. Er habe nichts gegen die Einrichtung eines Arbeitskreises, bemerkt BM Salverius. Wer Fragen hat, könne diese jedoch gerne stellen und erhält darauf eine Antwort. Für ihn ist eine solche Arbeitsgruppe deshalb verzichtbar. Man einigt sich darauf, dass die einzelnen Fraktionen Mitglieder zum Termin am 29.04.2008 entsenden. Eine Einladung erfolgt in Kürze. Die politischen Beratungen müssen im September abgeschlossen sein, weil spätestens im November dieses Jahres der Förderantrag beim Land gestellt werden muss.

#### **4 a) Öffnung der Verkehrszonen 2 und 3 in ostwärtiger Richtung**

RM Stange leitet als Antragsteller in das Thema ein und erläutert nochmals den Antrag. Mit Beginn der Verkehrssperre dieses Jahr wurden die Verkehrszonen 1 und 2 entlang der Längsachse „südliche Bülowallee/Janus-/Winterstraße“ versuchsweise an verschiedenen Stellen geöffnet. In diesem Zusammenhang wurde auch die Jann-Berghaus-Straße zwischen der Mühlenstraße und der Bgm.-Willi-Lührs-Straße komplett gesperrt. Seitens der SPD-Fraktion wird die Beschlusslage hierzu angezweifelt. Nichtsdestotrotz ist der betroffene Straßenabschnitt in der Jann-Berghaus-Straße aus Sicht der SPD die Schwachstelle des Versuches. Der abfließende Verkehr aus der Verkehrszone 2 in Richtung Osten muss an beiden Schulen vorbei fahren. Dieses führt, wenn auch minimal, zur Störung des Schulbetriebes. Durch eine Öffnung der Jann-Berghaus-Straße, wie es die Ortshandwerkerschaft fordert, könne dieses vermieden werden. Zieht man die Gründe Emmissionsschutz, Umweltschutz und Ökologie hinzu, kam man nur zu dem Ergebnis kommen, die Jann-Berghaus-Straße in östliche Richtung wieder freizugeben. Da die Sperrung ohnehin nur provisorisch erfolgt, könne man die Öffnung auch schnell und unproblematisch umsetzen. Deshalb wird vorgeschlagen, die Jann-Berghaus-Straße in östlicher Richtung bis zum Ende der Verkehrssperre am 31.10.2008 zu öffnen.

Vorsitzender Wehlage erkundigt sich, ob das die Sichtweise von ihm und Herrn Harms sei oder die seiner Fraktion insgesamt, denn letzte Woche habe die SPD-Fraktion im Verwaltungsausschuss mit beschlossen, dass die Situation erst einmal so bleiben solle. Dementsprechend wurde der Ortshandwerkerschaft auch vom Bürgermeister geantwortet. RM Stange erklärt, dass dieser Antrag definitiv die Meinung seiner Fraktion ist. RM Harms fügt hinzu, dass er mit Busunternehmern gesprochen habe und diese aufgrund der provisorischen bau-

lichen Veränderung bei jeglichem Fahrradverkehr dort lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Namens der Fraktion FWN/Budde unterstützt RM Onnen den Antrag der SPD. Auch er sieht es so, dass anlässlich der letzten Fachausschusssitzung die Angelegenheit so nicht beschlossen wurde; die Sache war nicht ausdiskutiert. Die Jann-Berghaus-Straße solle möglichst sofort in Richtung Osten wieder geöffnet werden. Diese Äußerungen stoßen beim Ausschussvorsitzenden auf Unverständnis. Ansatz der Kompromisslösung war doch, den Ort verkehrsmäßig zu beruhigen und deshalb die Zonen nicht komplett gegenseitig zu öffnen. Nach dem jetzigen Vorschlag könne man von der Marienhöhe durch bis in den Inselosten fahren. Das führt zu ganz anderen Verkehrsströmen über die Jann-Berghaus-Straße.

BM Salverius weist daraufhin, dass dieser Ausschuss kein Beschlussorgan ist. Der Beschluss wurde vom Verwaltungsausschuss gefasst. Nur dieser könne den Beschluss wieder aufheben. RM Harms regt an, einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss an den Verwaltungsausschuss auf den Weg zu bringen. Vorsitzender Wehlage und BG Vollmer weisen daraufhin, dass man sich doch erst am Beginn einer Testphase befindet. Ein Ergebnis könne so frühzeitig noch gar nicht vorliegen. Die jetzige Situation sollte bis zum Ende der Verkehrsperre bleiben. Außerdem ist die Ortshandwerkerschaft nur eine von dieser Situation betroffene Gruppe, andere haben sich bisher noch gar nicht geäußert. Vielleicht sollten die anderen (z. B. Hoteliers, Gastronomen, Schulen, Anwohner) auch einmal gefragt werden. Es sollte nicht dem Druck nur einer Gruppe nachgegeben werden. Beide werden im Grundsatz von RM Nüchter in ihrer Sichtweise unterstützt, wobei er keine Probleme mit einer Öffnung in Richtung Osten habe. Er ist aber auch der Ansicht, dass dieser Ausschuss damals sehr wohl den Beschluss so gefasst habe, wie die jetzige Situation sich darstellt. Es sollte unbedingt die „Einflugschneise Jann-Berghaus-Straße“ vermieden und die Entzerrung des Verkehrs getestet werden. RM Stange sieht das anders. Es sind nicht nur die Handwerker, sondern u. a. auch der Lieferverkehr und die Anwohner mit einer „Schlauchgenehmigung“ davon betroffen. Vorsitzender Wehlage wirft ein, dass es doch nicht um die Vereinfachung sondern die Reduzierung des Verkehrs geht. Diesbezüglich herrschen im weiteren Verlauf der Diskussion unterschiedliche Meinungen.

BM Salverius stellt die Frage, wo kommt dieses ganze Thema her und worum geht es überhaupt. Es geht darum, dass Norderney ein Tourismusort ist und im Grunde alle davon leben. Danach müssen wir alle unser Tun und Handeln auslegen, nämlich nach dem, was der Tourist hier will. Und dieser will heute zusehends Umweltqualität. Hierzu gehört auch, dass der Autoverkehr eingeschränkt wird. In den letzten zehn Jahren machen wir aber leider eine Rückwärtsbewegung und weichen von dem ab, was in den Jahrzehnten davor eingeführt wurde, und zwar immer dann, wenn es um freie Fahrt für Norderneyer Bürger geht. Grundsätzlich ist er jedoch froh, dass das Thema „Autoverkehr auf Norderney“ wieder aufgegriffen wurde, nachdem jahrelang Stillstand herrschte. In den letzten Beratungen im Arbeitskreis, im diesem Ausschuss und im Verwaltungsausschuss ging es nie darum, die ehemalige Verkehrszone 1 über die Tangente „Jann-Berghaus-Straße“ abzuwickeln. In der jetzigen Verkehrssituation in der Jann-Berghaus-Straße sieht BM Salverius große Vorteile (Sicherheit) für die Norderneyer Schulkinder, die gerade mittags aus beiden Schulen mit ihren Fahrrädern über die Jann-Berghaus-Straße und Richthofenstraße in den Inselosten fahren. In diesem Zusammenhang greift er seinen damaligen Vorschlag, die Grenze der Zone 1 östlich der Achse Lucius-/Feldhausenstraße zu verlegen, wieder auf. Die jetzige Debatte sollte man nicht dazu benutzen, den Rückschritt zu begleiten, sondern in etwas Positives in Sachen Kurortentwicklung umzukehren, appelliert BM Salverius. Es besteht ein komplexes Verkehrsregelungs- und Verkehrslenkungssystem. Vieles ist miteinander verzahnt und die Veränderung eines Teils bewirkt automatisch auch die Veränderung bei etwas anderem. Es kommt zu einem Dominoeffekt. Wichtig wäre eine grundsätzliche Debatte über die Frage, welcher Verkehr ist überhaupt notwendig und auf welchen können wir verzichten. Könnte man den nicht notwendigen Verkehr, insbesondere den Individualverkehr, deutlich einschränken, so könnte man den Restverkehr, insbesondere Handwerk und Lieferverkehr, eventuell ohne Zoneneinschränkung fahren lassen, schlägt BM Salverius vor. In diesem Zusammenhang stellt er eine ganzjährige Verkehrssperre zur Disposition. Wenn man sich nur auf die Verkehrre konzentrieren könnte, die wir unbedingt bräuchten, könnten unter Umständen auch Infra-

strukturkosten für den Autoverkehr gesenkt werden. Mit diesen Fragstellungen bzw. der Diskussion über den Kriterienkatalog sollte sich der Arbeitskreis „Verkehr“ beschäftigen, regt RM Stange an.

RM Harms bittet, über den Antrag abzustimmen und den Empfehlungsbeschluss an den Verwaltungsausschuss zu fassen. Mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen wird dem Verwaltungsausschuss empfohlen, den Beschluss zu fassen, die Jann-Berghaus-Straße wieder in östliche Richtung zu öffnen. Sollte sich der Verwaltungsausschuss dazu außer Stande sehen, einen Beschluss herbeizuführen, möge er diese Angelegenheit zur umgehenden Beschlussfassung an den Rat weiterleiten.

#### **4 b) Wiedereinführung einer allgemeinen Verkehrssperre zu Weihnachten (Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN)**

Vorsitzender Wehlage weist darauf hin, dass der Antrag nicht so wie er auf der Tagesordnung steht lautet, denn es geht nicht um eine Verkehrssperre zu Weihnachten sondern über den Jahreswechsel. Die Verkehrssperre soll am 27.12.2008 beginnen und am 04.01.2009 enden.

RM Harms macht eine Entscheidung über diese Verkehrssperre davon abhängig, ob der Einsatz des zweiten Vollzugsbeamten in diesem Sommer ein Erfolg oder ein Misserfolg wird. Denn er wünscht sich eine ganzjährige effektive Überwachung des ruhenden Verkehrs, die er derzeit nicht für gegeben hält.

Für BG Vollmer bestand im letzten Jahr eine haltlose Situation, die mit einer diesjährigen Verkehrssperre gut verglichen werden könnte. Die meisten Gästebeschwerden gab es in Punkto Verkehr. Das galt sowohl für den ruhenden wie für den fließenden Verkehr. Dieses wird von KD Loth bestätigt. Er berichtet, dass Hauptbeschwerdepunkt neben der Hundehaltung der Autoverkehr war, insbesondere im Winter, weil sich dann der Gast überwiegend im innerstädtischen Bereich aufhält und dadurch, im Gegensatz zum Sommer, diese Sachen viel stärker wahrnimmt. Auch aus seiner Sicht muss etwas passieren.

RM Stange hält den Eingang des Antrages für viel zu spät, denn die Ausnahmegenehmigungen für das Jahr 2008 sind schon raus, ein Nachtrag wäre mit zu viel Aufwand verbunden. Demgemäß könne eine solche Verkehrssperre erst in 2009 kommen. Aus Sicht von BM Salverius ließe sich die Angelegenheit relativ einfach über die Bekanntmachung einer Allgemeinverfügung in der Badezeitung bewerkstelligen. RM Stange widerspricht dieser Ansicht. Um den Aufwand zu reduzieren, könnte die Genehmigung für 2009 gleich mit erteilt werden, regt Vorsitzender Wehlage an. Und vorab könnte sich der Arbeitskreis „Verkehr“ mit dem Ausdünnen des Kriterienkatalogs beschäftigen.

RM Stange sieht das Hauptproblem beim ruhenden Verkehr, dessen Überwachung die primäre Aufgabe der Kommune sei. Hieran ist zu arbeiten und nicht am fließenden Verkehr. Diese Sichtweise findet nicht bei allen Ausschussmitgliedern Anhänger. In der Folge wird rege darüber beraten, was die Wurzel des Übels sei, der ruhende oder der fließende Verkehr. RM Pohl regt im Rahmen der Diskussion an, ob es nicht, wie in größeren Städten schon gang und gäbe, ein Zeitfenster eingerichtet werden könnte, während dem alle in die Stadt hinein könnten, danach aber alle bis auf die Notwendigen wieder raus müssten. Einen solchen Vorschlag hatte die Verwaltung schon vor Jahren gemacht, teilt BM Salverius mit. Politisch ist damals diese Sache aber den Bach heruntergegangen. BM Salverius bittet, nochmals darüber nachzudenken.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

#### **5) Parkplatzmanagement**

Einleitend weist Vorsitzender Wehlage darauf hin, dass es sich auch hierbei um einen Antrag der GRÜNEN handelt. Seiner Meinung nach gäbe es auf Norderney zu viele Flächen auf denen „wild“ geparkt wird, so zum Beispiel auf dem Windjammerkai, in der Richthofenstraße am Kleingartengelände, Teile des Kiefernweges, in der Emsstraße und außerhalb der Ver-

kehrssperre eigentlich in der ganzen Stadt. RM Stange stört sich am Ausdruck „wild“ und möchte ihn näher erklärt haben. „Wild“ heißt für den Vorsitzenden Wehlage, dass einfach ein Auto abgestellt wird, ohne dass dafür tatsächlich ein Parkplatz vorhanden ist. Wir haben Parkplätze und müssen diese auch Instand halten. Dem gegenüber stehen aber keine Einnahmen. Es sollte daran gearbeitet werden, die Einnahmesituation aber auch den Anblick zu verbessern. Deshalb möge sich der Arbeitskreis „Verkehr“ mit dieser Thematik auseinandersetzen. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht Parkflächen verpachtet oder Straßenabschnitte von Autos befreit werden. Für RM Stange ist die Begriffsdefinition „wildes Parken“ falsch. Hier könnte ein falscher Eindruck entstehen, denn an den beschriebenen Örtlichkeiten ist das Parken rechtlich erlaubt. Auf Nachfrage konkretisiert Vorsitzender Wehlage seine Position. Ihm geht es u. a. um die Frage, ob die Parkplätze C und D bewirtschaftet sowie die Parkplätze an der Emsstraße verpachtet werden sollen. Zudem könnte es darum gehen, aus dem Windjammerkai eine Anliegerstraße zu machen. Er habe kein Problem damit, diese Sachen im Arbeitskreis beraten zu lassen, jedoch sollte das Ergebnis diesem Ausschuss zur Beratung vorgestellt werden, meint RM Harms. Der Arbeitskreis „Verkehr“ wird einstimmig mit dieser Aufgabe betraut.

## **6) Neues Wegweiser-/Leitsystem**

Im diesjährigen Haushalt sind Gelder eingeplant, um das seit langem bemängelte Leitsystem weiterzuentwickeln, stellt Vorsitzender Wehlage dar. Auch wenn in diesem Jahr wohl nichts mehr passieren wird, so sollte doch auf alle Fälle angefangen werden, denn bis heute ist nichts passiert, führt er weiter aus. Das Anliegen seiner Fraktion ist es, dass bis zur nächsten Saison etwas auf den Weg gebracht wird. Aus diesem Grund verteilt er ein Foto einer möglichen Variante, die man häufig auf dem Festland vorfindet. Er möchte, dass man heute Abend soweit kommt, dass die Verwaltung damit beauftragt wird, eine Wegeführung mit Beschilderung zu entwickeln. BG Vollmer fügt hinzu, dass er es begrüßen würde, wenn u. a. Hinweise auf Toiletten und auch, wenn sie sich finanziell beteiligen würden, Hinweise zu den geöffneten Ostlandbetrieben angebracht werden sollten. Auf die Frage von AV Ulrichs, welchen Umfang die Hinweisbeschilderung haben sollte, antwortet ihm BG Vollmer, dass es hauptsächlich um öffentliche Bereiche ginge, gleichwohl aber auch um Ostlandbetriebe. Es sollte auf ein vorhandenes System aufgesetzt werden, so BG Vollmer. Dieses spare Kosten und ist den Gästen bekannt. 2. stv. BM Plavenieks sieht auch die Sinnhaftigkeit etwas zu tun. Ziel kann es aber nur sein, touristisch markante Punkte aufzunehmen. Alles andere führe zu weit, führe zu einem Schilderwald. RM Onnen wirft ein, dass es Richtung Inselosten schon eine Beschilderung gäbe, müsse dann eine zusätzliche sein? Vorsitzender Wehlage weist darauf hin, dass im ILEK-Prozess die mangelnde Beschilderung thematisiert wurde. Wenn vielleicht Mittel aus dem ILEK-Verfahren hierfür erwartet werden können, sollte man jetzt auf einen Schnellschuss verzichten, um eigene Mittel zu sparen, meint AV Ulrichs. Nach Meinung von BG Vollmer sollte man aufgrund der Wichtigkeit dieser Sache nicht zulange warten. Das schon jetzt bereitgestellte Geld sollte auch schon jetzt investiert werden. Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, bis zur nächsten Sitzung ein Orientierungskonzept anhand eines bestehenden Systems vorzulegen.

## **7) Mitteilungen der Verwaltung**

### White Sands Festival

StAR Vißer trägt vor, dass im August des letzten Jahres dieser Ausschuss beschlossen hatte, das „White Sands Festival“ in diesem Jahr durchzuführen zu lassen. Aufgrund der damals gemachten Eingaben, die sich hauptsächlich auf die beiden Abendveranstaltungen im Haus der Insel bezogen, hat der Veranstalter reagiert und Folgendes geändert:

- Die Zahl der Sicherheitskräfte wurde von 16 auf 22 erhöht.
- Die Veranstaltung am Samstagabend soll bis 4 Uhr morgens gehen und man ist mit der

Reederei im Gespräch, ob das Schiff schon um 5 Uhr betreten werden könne. Somit könnten die Besucher gleich nach Veranstaltungsende aufs Schiff.

- Für Sonntagabend ist ein Live-Konzert geplant, welches um 24 Uhr beendet sein soll. Um 0:30 Uhr wird eine Sonderfähre zurück zum Festland eingesetzt. Hierdurch dürfte sich die Situation entspannen.
  - Die Mitarbeiter der TDN werden wieder ab 6 Uhr morgens mit der Aufreinigung des Umfelds der Veranstaltung beginnen, um nach Möglichkeit bis 9 Uhr damit fertig zu sein.
  - Es sollen wieder zehn Polizisten der Bereitschaftspolizei auf Norderney sein, letztes Jahr waren es nur vier von der Hundestaffel.
- Es sollte abgewartet werden, wie dieses funktioniert.

Mit Polizei und eigenen Sicherheitskräften soll für Ruhe im direkten Umfeld des Veranstaltungsortes gesorgt werden. In diesem Zusammenhang wird eigens ein Raucherraum im Haus der Insel geschaffen, damit Raucher im Gebäude bleiben. KD Loth fügt hinzu, dass allein für den Raucherbereich noch drei Sicherheitskräfte mehr zur Verfügung stehen und am zweiten Abend versucht wird, die Veranstaltung rauchfrei durchzuführen. Falls dies funktioniert und sich bewährt, könnte im nächsten Jahr die Veranstaltung insgesamt ganz rauchfrei sein. Für BG Vollmer ist der Zeitraum zwischen Veranstaltungsende und der Möglichkeit, die Fähre zu betreten, nach wie vor zu kurz. Seiner Ansicht nach sollte eine „Nacht-Fähre“ eingesetzt werden.

## 8) Anträge und Anfragen

### a) Kurbeitragssatzung

RM Harms möchte, dass sich im Vorfeld der anstehenden Änderung der Kurbeitragssatzung dieser Ausschuss respektive eine aus ihm und weiteren Beteiligten bestehende Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Beschlüsse damit befasst. Die Kurbeitragssatzung muss nicht neu beschlossen werden, entgegnet ihm BM Salverius. Es geht ausschließlich um die Höhe des Beitragssatzes und der ihm zugrunde liegenden Kalkulation, jedoch nicht um die Satzung als solche. Zudem wäre die Einrichtung eines weiteren Arbeitskreises in Sachen Transparenz von Beschlüssen wenig zielführend, denn für eine solche Beratung ist ein Fachausschuss mit seiner Öffentlichkeit gerade da. Entsprechende Anträge zur Beitragssatzung, sofern sie vorliegen, können in einer Fachausschusssitzung beraten werden und dadurch nimmt die Öffentlichkeit daran teil. RM Harms zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

### b) Treppe am Leuchtturm

RM Stange möchte wissen, wann das Geländer am Treppenaufgang an der Bushaltestelle am Leuchtturm kommt. BM Salverius antwortet ihm, dass das Geländer bestellt sei.

### c) Fahrradständer am Leuchtturm

Ist die Notwendigkeit von Fahrradständern an der Bushaltestelle am Leuchtturm geprüft worden, erkundigt sich RM Stange. BM Salverius antwortet, dass hierfür keine Finanzmittel eingeplant sind und zur Notwendigkeit könne er nichts sagen.

### d) Neuer Vollzugsbeamter

BG Vollmer erkundigt sich danach, seit wann der neue Vollzugsbeamte seine Tätigkeit aufgenommen hat und welches sein Aufgabengebiet ist. Zudem hätte er gerne etwas zum „Knöllchen-Problem“ über Weihnachten gewusst. StAR Vißer informiert ihn darüber, dass der Kollege am 31.03.2008 angefangen sei und sich derzeit noch in der „Ausbildungsphase“ befindet. Dessen Anstellung dauert bis zum 31.10.2008. StAR Vißer bejaht das „Knöllchen-Problem“ zu Weihnachten. Der Verlag, bei dem die Vordrucke aus der bisherigen Kenntnis fristgerecht bestellt wurden, lieferte einfach zu spät. Wahrscheinlich war dies eine Folge der anstehenden Landtagswahl. Es hatte anscheinend die Herstellung von Wahlvordrucken Priorität bei der Bearbeitung von Aufträgen.



#### e) Klassifizierung von Ferienwohnungen

Vorsitzender Wehlage erkundigt sich bei KD Loth, wie denn die Erfahrungen mit der Neuordnung des Prospektes sind und ob man an dem Thema noch weiter arbeiten müsse. KD Loth antwortet ihm, dass das neue Prospekt demnächst anlässlich einer Vermietersversammlung vorgestellt wird. In der dazu gegründeten Arbeitsgruppe hat man sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Auch zum Thema „Klassifizierung“ herrschte im Grundsatz Einigkeit darüber, dass dieses vorangetrieben werden müsse. Klassifizierte Häuser werden im Prospekt vorgestellt, und es wird derzeit geprüft, ob diese bei der Vermittlung preistechnisch besser gestellt werden können. Neben den bisher 200 klassifizierten Betrieben kommen in diesem Jahr auf einmal weitere 200 hinzu.

#### f) Elektrofahrzeuge

Vorsitzender Wehlage erkundigt sich nach dem Sachstand im Hinblick auf die Elektrofahrzeuge, die in Zukunft auf Norderney vermietet werden sollen. Er befürchtet, dass Kegelclubs damit im Ort „Fangen spielen“. Es gab eine Anfrage einer Firma, die auf Norderney einen Geschäftspartner für die Vermietung solcher Fahrzeuge sucht (und mittlerweile auch gefunden hat), antwortet StAR Vißer. Von dieser Firma kam die Frage, was man mit diesen Fahrzeugen auf Norderney anstellen könne. Es wurde dieser Firma mitgeteilt, dass das Saisonverkehrsverbot auch für Elektrofahrzeuge gilt und somit auch für diese Fahrzeuge Ausnahmegenehmigungen erforderlich wären. Eine Antragsprüfung erfolgt nach dem vorliegenden Kriterienkatalog und der grundsätzlichen Einordnung in eine bedarfsorientierte Fallgruppe. Wobei für Elektrofahrzeuge Sondermöglichkeiten eingeräumt werden können. Dieses wurde damals eingeführt, um die Anschaffung solcher Fahrzeuge durch räumliche und/oder zeitliche Aufweitungen zu fördern, denn eine finanzielle Förderung war und ist nicht möglich. Auf dieser Grundlage wurde die Firma gebeten, mit dem Partner vor Ort und uns die Angelegenheit dann konkreter zu besprechen. Es wäre aber durchaus interessant, solche Fahrzeuge in einer Testphase auf Norderney zu erleben. Vorsitzender Wehlage bittet darum, einen solchen Sonderfall mit der Politik zu besprechen, insbesondere mit dem Verwaltungsausschuss, der grundsätzlich alle zwei Wochen tagt. BM Salverius meint, man solle erst einmal abwarten, bis ein Gespräch mit dem Interessenten vor Ort stattgefunden hat.

#### g) Sitzungsübertragung durch das „Radio SWS“

Der Presse konnte man entnehmen, dass das „Radio SWS“ die Sitzung aus finanziellen Gründen nicht überträgt und evtl in Zukunft auch nicht mehr. Wie stellt sich die Verwaltung dazu, möchte 2. stv. BM Plavenieks wissen. BM Salverius hat darüber auch keine genauen Kenntnisse, nur das, was in der Zeitung steht. Er glaube aber nicht, dass dies generell für die Zukunft gilt. Es ist aber die Aufgabe des privaten Radiobetreibers selbst, seine finanziellen Dinge auf die Reihe zu bekommen. In dem Zusammenhang muss auch klar sein, dass die städtischen Betriebe nur Werbezeit in diesem Radio einkaufen, wenn es von geschäftlichem Interesse ist. Nach Ansicht des Ausschussvorsitzenden Wehlage sei es keine Frage, die die Verwaltung zu klären habe, sondern es wäre politisch zu beraten, ob Gelder für die Übertragung von Sitzungen im Radio aufgewendet werden sollen.

#### h) Tibet-Flagge

Vorsitzender Wehlage regt an, die im städtischen Besitz befindliche Tibet-Flagge an mehr als einem Tag wehen zu lassen. Aus Sicht von BM Salverius sollte sich die Stadt Norderney in außenpolitischen Dingen nicht so hervortun.

## 9. Einwohnerfragestunde

#### a) Neue Verkehrsregelung

Herr Harms, Südhoffstraße, regt an, im Zusammenhang mit der Schließung der Jann-Berghaus-Straße die Südstraße von der Deichstraße her wieder einfahrbar zu machen. BM Salverius sieht das genauso. Man habe sich im Hause darüber auch schon unterhalten. Wenn die Regelung an der Jann-Berghaus-Straße so bliebe, wird der Vorschlag umgesetzt.

## b) Messstation für Feinstaub

Herr Künzer fragt, ob es auf Norderney eine Messstation für Feinstaub gibt. BM Salverius teilt ihm mit, dass eine solche Station auf dem Gelände der ehemaligen Forschungsstelle im Bereich „Unnert Diek“ vorhanden ist. Daraufhin schlägt Herr Künzer vor, diese Station im innerstädtischen Bereich aufzustellen und das Fahrendürfen von der Belastung abhängig zu machen. BM Salverius sieht darin Probleme, denn schon einmal ist man im Rahmen einer Untersuchung zur Heilbadstatusanerkennung mit einem solchen Messpunkt am Standort des alten Rathauses durchgefallen und hatte Schwierigkeiten im Hinblick auf die qualitativen Anerkennungskriterien. KD Loth ergänzt, dass eine solche Messung für 2009/2010 wieder ansteht.

## c) Verkehrszonenöffnung

Ortshandwerksmeister Kluin meldet sich für das Handwerk und den Handel zu Wort. Er möchte, dass der Ausschuss und die Verwaltung begreifen, mit welchen Problemen sich die Ortshandwerkerschaft und der Handel im Zusammenhang mit dem Verkehrsverbot aber auch mit dem „Baulärmstopp“ auseinandersetzen müssen. Er geht auf ihre Verpflichtungen gegenüber den Norderneyern und den Gästen ein. Insbesondere hebt er den Standortnachteil der Betriebe im Gewerbegebiet hervor. Außerdem war der Zeitpunkt der Einführung der Sperre denkbar schlecht gewählt, nämlich mitten in der Bauphase, denn alle sind durch den „15. Mai“ unter Druck. Die Betriebe protestieren schärfstens gegen die Sperrung der Jann-Berghaus-Straße, weil durch diese Maßnahme die Preise explodieren. Er befürchtet künftige Probleme in der Versorgung und möchte, dass die Sperrung kurzfristig aufgehoben wird sowie eine kurzfristige Nachricht darüber, wie entschieden wurde.

BM Salverius geht auf die Ausführungen kurz ein. Er macht noch einmal deutlich, dass es sich hier um eine politische Entscheidung handelt, die dann vom zuständigen Straßenverkehrsamt (rechtlich) umgesetzt wurde. Eine gravierende Auswirkung könne er nicht verhehlen, doch bei der Beurteilung der Situation waren und sind verschiedene Aspekte und Sichtweisen zu berücksichtigen und nicht nur eine Meinung. Weiterführend geht BM Salverius auf den Grundkonsens des Norderneyer Verkehrskonzeptes seit 40 Jahren ein. In diesem Zusammenhang hatte man in der Vergangenheit immer wieder Kompromisse und Lösungen für die Ortshandwerkerschaft gefunden. Er wehrt sich gegen den Eindruck, man würde die Handwerkerschaft drängsalieren. Die Probleme habe er sehr wohl verstanden, jedoch sollte die derzeitige Situation nicht dramatisiert werden. Entscheidend ist für ihn die Frage, wie entwickeln wir den Kurort weiter nach vorne. Es kann nicht sein, dass der Verkehr kreuz und quer über die Insel geht. Politische Weichenstellungen sind in einer übergreifenden Diskussion gefordert, u. U. abschließend im Rat. Hierzu sollte beim Individualverkehr angesetzt werden. Zunächst sollte die Entscheidung des Verwaltungsausschusses zu TOP 4a abgewartet werden.

## d) Saisonverkehrssperre

Herr Jakobs erkundigt sich, ob aus den Bereichen „Am Wasserturm“ und „Südstraße“ morgens keine Taxen zum Hafen fahren dürfen. Nach seiner Kenntnis sind diese Bereiche von 20 bis 8 Uhr für jeglichen Fahrzeugverkehr gesperrt. Es wird geprüft, ob die bestehende Beschilderung und die gängige Praxis im Einklage stehen oder nicht, antwortet BM Salverius.

(Wehlage)  
Vorsitzender

(Salverius)  
Bürgermeister

(Vißer)  
Protokollführer